

Tim Pixa

## **Neuausrichtung der Strukturpolitik**

# GABLER RESEARCH

Tim Pixa

# **Neuausrichtung der Strukturpolitik**

Partizipation und Wahrung  
von Arbeitnehmerinteressen  
in Nordrhein-Westfalen

Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Klaus Kost



**RESEARCH**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Zugleich: An der Fakultät für Geowissenschaften der Ruhr-Universität Bochum unter dem Titel  
„Neuausrichtung der Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen – Partizipation und Wahrung von  
Arbeitnehmerinteressen“ am 31.03.2010 vorgelegte und angenommene Inauguraldissertation.

Gedruckt mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung.

1. Auflage 2011

Alle Rechte vorbehalten

© Gabler Verlag | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2011

Lektorat: Stefanie Brich | Anita Wilke

Gabler Verlag ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

[www.gabler.de](http://www.gabler.de)



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede  
Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist  
ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere  
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspei-  
cherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem  
Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche  
Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten  
wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-8349-2907-5

## Geleitwort

Die von Tim Pixa vorgelegte Arbeit zum Thema „Neuausrichtung der Strukturpolitik – Partizipation und Wahrung von Arbeitnehmerinteressen in Nordrhein-Westfalen“ ist der Aufgabe gewidmet, das strukturpolitische Wirken von Mitbestimmungsträgern – insbesondere von Gewerkschaften – im fortdauernden Strukturwandel zu analysieren und zu diskutieren.

Lange Jahre war Nordrhein-Westfalen das Modellbundesland für eine in weiten Teilen gelungene strukturelle Transformation, die durch den Niedergang von Wirtschaftsbereichen – nicht nur der Montanindustrie im Ruhrgebiet – gekennzeichnet war. Heute sind weitere Branchen, wie die Textilindustrie in Westfalen-Lippe oder die Automobilzulieferindustrie im Bergischen Land und im Sauerland nur ausgewählte Beispiele, die ein Handeln regionaler Akteure sowie der öffentlichen Hand erforderlich machen. Dabei sollen mit dem Strukturwandel verbundene Konsequenzen gemildert, aber auch neue Impulse für wirtschaftliches Wachstum und Sicherung von Lebensqualität generiert werden.

Arbeitnehmer und Gewerkschaften versuchen im Falle tief greifender betrieblicher Restrukturierungen, welche die Auslöser struktureller Wandlungsprozesse in Regionen darstellen, neben betriebswirtschaftlichen und technischen Fragen auch den sozialen und öffentlichen Interessen gleichberechtigt Geltung zu verschaffen. Über kooperative Konfliktregelungsformen entwickelten sich Betriebe in der Vergangenheit mitunter zu „sozialpolitischen Laboratorien“. Anpassungen, Standortschließungen und andere „harte“ Eingriffe – man denke nur an die Schließung von unzähligen Berg- und Stahlwerken – wurden und werden durch die Montanmitbestimmung fast ausschließlich mit den Stimmen der Eigentümer und der Arbeitnehmerseite getroffen.

Vor diesem Hintergrund ist die vorliegende Forschungsarbeit von hoher Aktualität – wenngleich es in den vergangenen Jahren eine deutliche Richtungsänderung

in der konzeptionellen Begründung der Regional- und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Entgegen den von Politik und Presse – zum Teil sogar in fachnahen Publikationen – verwendeten falschen Bildern, denen zufolge der Strukturwandel beendet sei, ist an dieser Stelle zu betonen, dass Strukturwandel und -politik zu Querschnitts- und Daueraufgaben in einer sozialen Marktwirtschaft gehören. Die Dynamik unserer globalisierten, aber auch in lokalen Netzwerken agierenden Welt- und Gesellschaftsordnung ist von permanenten Umbrüchen und Veränderungen geprägt – sie sind sogar zwingend erforderlich.

Strukturwandel muss daher als permanenter Prozess verstanden werden, der stets Innovationen und Qualitätssteigerungen nach sich ziehen sollte. Die von Tim Pixa aufgegriffene Thematik ist dementsprechend von großer Bedeutung und findet Eingang in diverse politische Debatten auf kommunaler und landespolitischer Ebene. Auch zahlreiche Organisationen, Verbände sowie Wissenschaftler beschäftigen sich mit dieser Themenstellung.

Die gelungene Arbeit dokumentiert zudem die hohe Qualität geografischer Forschung und Ausbildung am Geographischen Institut der Ruhr-Universität, welches sich nicht nur, aber auch aufgrund der Verflechtung mit der Region geradezu mit der Thematik eines innovativen Strukturwandels verbunden fühlt.

Ich wünsche der Arbeit von Tim Pixa, dass sie sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis hohe Aufmerksamkeit und Verbreitung findet, da sie einen wichtigen Beitrag zur Förderung eines demokratisch-legitimierten und beteiligungsorientierten Politikansatzes der Regional- und Strukturpolitik darstellt.

Essen, im März 2011

Prof. Dr. Klaus Kost

## Zusammenfassung

Gegenstand der Untersuchung ‚Neuausrichtung der Strukturpolitik – Partizipation und Wahrung von Arbeitnehmerinteressen in der Metropole Ruhr‘ ist die Aufarbeitung eines wachstumsorientierten strukturpolitischen Neuansatzes und seiner Auswirkungen auf Partizipationsmöglichkeiten von Gewerkschaften. Dabei wird diskutiert, inwiefern sich die Rolle von Gewerkschaften als Förderer der regionalen Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen und insbesondere in der Metropole Ruhr verändert hat. Neben aktuellen Handlungsfeldern und den veränderten Förderbedingungen geschuldeten Partizipationsoptionen – z. B. in Form von neuen Organisationsformen, Kooperationsbeziehungen und Themenbereichen – werden Beteiligungshemmnisse identifiziert und erörtert.

Die Hauptfragestellungen der Arbeit lauten:

- (Inwiefern) wirken sich die wettbewerbsorientierte Akzentuierung der Strukturförderung sowie die Abwertung der Region als Handlungsebene im Zuge der Neuausrichtung der Strukturpolitik auf Partizipationsmöglichkeiten von Mitbestimmungsträgern aus?
- Über welche Potenziale verfügen Gewerkschaften, um Strukturpolitik unter diesen veränderten Rahmenbedingungen weiterhin aktiv mitzugestalten und regionale Innovationsprozesse anzustoßen? Welche Hemmnisse stehen dem entgegen?
- In welchen akteursbezogenen und räumlichen Zusammenhängen (institutionalisierte Gremien, Branchendialoge und regionale Netzwerke) bewegen sich Gewerkschaften im Zuge ihres strukturpolitischen Engagements aktuell?

Als Materialbasis für die empirischen Untersuchungen dienten 50 leitfadengestützte Interviews. Insgesamt 38 Gespräche wurden mit Gewerkschaftern geführt. Um die externe Wahrnehmung des gewerkschaftlichen Handelns erörtern zu können, wurden zudem zwölf (über-)regionale Vertreter aus Wirtschaft (Wirtschaftsförderung, IHK, Clustermanagement, Arbeitgeberverband), Wissenschaft, Politik und Verwaltung befragt.

Die Historie der Strukturpolitik in Nordrhein Westfalen und der Metropole Ruhr ist eng mit den Krisen des montanindustriellen Produktionsclusters verbunden. Mit Ausnahme einer kurzen keynesianischen Phase der Bundesrepublik Ende der 1960er Jahre sah die NRW-Landespolitik die Zukunft des Ruhrgebiets nicht in einer Diversifizierung der montanindustriellen Monostruktur, sondern in deren Modernisierung. Im Zuge der Krise der Jahre 1987 und 1988 und der Stilllegung ganzer montanindustrieller Standorte wurde das bestehende Wahrnehmungsmuster, demzufolge die Zukunft des Ruhrgebiets in einer modernisierten Variante seiner Vergangenheit liegt, erschüttert. Insbesondere das nördliche Ruhrgebiet als Agglomeration von Siedlungen, die auf die Zechen und Stahlwerke bezogen waren, wurde von der Krise hart getroffen.

Als erste Reaktion auf die Ankündigung massiven Arbeitsplatzabbaus infolge der gleichzeitigen Kohle- und Stahlkrise schuf die Landesregierung 1987 die ‚Zukunftsinitiative Montanregionen‘ (ZIM), welche auf die Aktivierung der endogenen Potenziale von Regionen gerichtet war. Verschiedene Akteure und Instanzen traten über institutionelle Veränderungen, zuerst mittels der Einrichtung von Regionalkonferenzen und Branchenforen und später im Zuge der Schaffung neuer intermediärer Akteure, wie der ‚Internationalen Bauausstellung Emscher Park‘ (IBA), in Verbindung. Diese netzwerkartigen Mechanismen der Selbststeuerung werden in der raumwissenschaftlichen Diskussion als ‚Regional Governance‘-Formen eingeordnet. In der nordrhein-westfälischen Strukturpolitik waren sie durch die weitgehende Gleichrangigkeit und Autonomie ihrer Akteure („Fragmentierung“ von Macht), horizontale, vertrauensvolle Akteursbeziehungen und freiwillige Kooperationsbeziehungen gekennzeichnet.



Die im Zuge der Lissabon-Strategie auf Europäischer Ebene forcierte und spätestens in der Strukturförderperiode 2007 bis 2013 an die Stelle der ‚Regionalisierten Strukturpolitik‘ getretene Ausrichtung der Strukturförderung ist prioritär auf die Förderung technologischer Innovationen sowie die Stärkung von Branchenzusammenhängen der ‚New Economy‘ gerichtet. Im Zuge dessen findet Strukturförderung aktuell im Rahmen landesweiter Wettbewerbsverfahren „um die besten Ideen“ statt und ist dementsprechend losgelöst von regionalen Problemstellungen, endogenen Potenzialen und zuvor bestehenden Verhandlungssystemen. Diese Operationalisierung der Strukturförderung stellt eine Abkehr von der in früheren Strukturförderperioden praktizierten, ausgleichsorientierten Strukturpolitik sowie der systematischen Einbindung regionaler Akteure dar.

Die Einengung des korporatistischen Politikmodus sowie die Verlagerung der Aushandlungssysteme von regionalen Plenen auf die landespolitische Ebene ziehen insbesondere für Gewerkschaften als regionale Akteure, die in ihrer täglichen Arbeit der Strukturpolitik inhärente Aufgabenfelder bearbeiten und Ziele verfolgen, wie die Qualifizierung von Arbeitnehmern sowie die Generierung von Arbeitsplätzen, besondere Herausforderungen nach sich. Darüber hinaus führen gewerkschaftsinterne Hemmnisse – z. B. Mitgliederverluste, fehlende Beitragseinnahmen, Verknappung von Finanzspielräumen sowie die Reduzierung von Personalressourcen – zu einer Einschränkung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit.

Daher fokussieren gewerkschaftliche Akteure ihr Handeln heute oftmals ausschließlich auf reaktive Schutzmaßnahmen zum Strukturerehalt im Zuge einzelbetrieblicher Krisensituationen. Die an Wachstum und bestehenden Potenzialen orientierte Strukturförderung erfordert jedoch vielmehr eine proaktive, an Branchen- und Clusterzusammenhängen orientierte Einbringung von Gewerkschaften. Strukturelle Modernisierung kann dabei unter anderem in beschäftigungsorientierten Branchendialogen, im Rahmen technologischer Initiativen sowie in Projekten zur Förderung potenzieller Leitbranchen erfolgen.

Um Strukturpolitik auch zukünftig zu gestalten, bedarf es aus Gewerkschafts-sicht dementsprechend der Erweiterung von Kenntnissen über clusterorientierte Zusammenhänge sowie des Aufbaus von Arbeitnehmernetzwerken entlang bestehender Branchen- und Clusterzusammenhänge. Neben der Intensivierung des Informationsaustauschs zwischen Gewerkschaftsvertretern und Clustermanagement, F&E-Einrichtungen und Unternehmensvertretern neuer Branchen müssen auch innergewerkschaftliche Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen (insbesondere zwischen den DGB-Mitgliedsgewerkschaften) ausgebaut werden. Dem stehen häufig Gewerkschaftsegoismus und Branchensyndikalismus entgegen. Darüber hinaus führen auch Umbrüche in der Arbeitswelt zu Abgrenzungskonflikten in Bezug auf gewerkschaftliche Zuständigkeitsbereiche.

Entsprechend wird Strukturpolitik aktuell nur sehr bedingt als gewerkschaftliche Gemeinschaftsaufgabe auf verschiedenen Handlungsniveaus wahrgenommen. Die strukturpolitische Einbringung reduziert sich mitunter auf die Übertragung strukturpolitischer Verantwortung auf den DGB. Clusterbezogene Einbringungsmöglichkeiten, z. B. im Rahmen der landesweiten Wettbewerbsverfahren, werden auch aufgrund fehlender branchenübergreifender Vernetzung und Konzepte kaum wahrgenommen. Darüber hinaus stellen Betriebe in neu entstandenen Branchen, die im Fokus der potenzialorientierten Strukturförderpolitik stehen, oftmals mitbestimmungsfreie Bereiche dar, innerhalb derer strukturpolitische Projektentwicklung nur unzureichend stattfindet.

Aus Gewerkschaftssicht sollte die Neuausrichtung der Strukturpolitik als Chance zur Neupositionierung und Neukompetenzentwicklung begriffen werden. Neben dem Ausbau strukturpolitisch relevanter Netzwerke bedarf es einer Erweiterung gewerkschaftlicher Zielorientierung und einer damit einhergehenden stärkeren Fokussierung auf die Ausgestaltung von Clusterentwicklung und wissensbasierter Ökonomien. Darüber hinaus ist eine Steigerung der projektorientierten Einbringung (Generierung von Projektideen im Hinblick auf die Teilnahme an strukturpolitischen Wettbewerbsverfahren) anzustreben. Dies setzt jedoch die

Erhöhung von Projektentwicklungskompetenzen sowie von Know-how im Bereich der Clusterpolitik voraus.

## **Gender Mainstreaming Hinweis**

Soweit auf den folgenden Seiten personenbezogene Begriffe verwendet werden, kommt ihnen keine geschlechtsspezifische Bedeutung zu. Sie sind bei der Anwendung auf bestimmte Personen in der jeweils geschlechtsspezifischen Form zu verwenden.

# Inhalt

<b>Geleitwort</b> .....	<b>V</b>
<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>VII</b>
<b>Tabellen und Abbildungen</b> .....	<b>XVII</b>
<b>Abkürzungen</b> .....	<b>XIX</b>
<b>1 Kontext</b> .....	<b>1</b>
1.1 Problemstellung .....	1
1.2 Forschungsstand .....	6
1.3 Erkenntnisinteresse, Fragestellungen und Struktur der Arbeit.....	11
1.4 Methodik und Untersuchungssample.....	14
1.5 Zum Aufbau der Arbeit.....	21
<b>2 Theoriegeleitete Zugänge einer partizipativen Strukturpolitik</b> .....	<b>25</b>
2.1 ‚Governance‘ als strukturpolitische Interaktionsform.....	26
2.2 ‚Governance‘ – ein Alltagsbegriff als Name einer Perspektive? .....	30
2.2.1 Disziplinäre Ursprünge des Begriffs .....	30
2.2.2 Die Entwicklung von ‚Governance‘ als politische Kultur.....	32
2.2.3 Strukturformen und -mechanismen von ‚Governance‘ .....	35
2.3 ‚Regional Governance‘ als regionale Form der Selbststeuerung .....	37
2.3.1 Operationalisierung und Nutzen von ‚Regional Governance‘ ....	39
2.3.2 Einbindung in europäisches Regieren .....	40
<b>3 Regionale Strukturpolitik zwischen Wachstum und Ausgleich</b> .....	<b>45</b>
3.1 Sozio-ökonomische Effekte des Strukturwandels in NRW .....	46
3.2 Leitbilder und Aufgabenfelder von Strukturpolitik .....	51

---

3.2.1	Definition, Rahmenbedingungen und Abgrenzung ihrer Teilbereiche.....	51
3.2.2	Leitbilder regionaler Strukturpolitik, Zielelemente und -inkompatibilität.....	54
3.2.2.1	Leitbild Wachstum.....	55
3.2.2.2	Leitbild Ausgleich.....	56
3.2.2.3	Leitbild Stabilität.....	57
3.2.2.4	Leitbild Nachhaltigkeit.....	59
3.2.3	Zielinkompatibilitäten.....	60
3.3	Aktuelle Entwicklungen europäischer Strukturpolitik.....	62
3.3.1	Entwicklung der europäischen Strukturfonds seit 1989.....	63
3.3.2	Die Programmumsetzung in der Strukturförderperiode ab 2007.....	66
3.4	Historischer Diskurs zur nordrhein-westfälischen Strukturpolitik.....	69
3.4.1	Regionalisierte Strukturpolitik.....	71
3.4.2	Wachstumsorientierte Clusterpolitik.....	77
3.4.3	Aktuelle Umsetzung des Ziel 2-Programms (EFRE).....	80
3.4.3.1	Räumliche und inhaltliche Prioritätensetzung.....	81
3.4.3.2	Finanzvolumina.....	84
3.4.3.3	Ziele, Schwerpunkte und Handlungsfelder.....	85
3.5	Stellungnahmen zur Umsetzung des Ziel 2-Programms (EFRE).....	89
3.5.1	Wissenschaftlicher Diskurs.....	90
3.5.2	Beurteilungen aus Sicht gewerkschaftlicher Akteure.....	94
3.6	Zwischenfazit.....	97
<b>4</b>	<b>Leistungsfähigkeit gewerkschaftlicher Strukturpolitik.....</b>	<b>103</b>
4.1	Wahrnehmung des Strukturwandels aus Gewerkschaftssicht.....	103
4.1.1	Charakteristika des Strukturwandels.....	107
4.1.2	Auswirkungen und Herausforderungen.....	111
4.2	Strukturpolitische Handlungsfelder von Gewerkschaften.....	123
4.2.1	Strukturpolitisches Grundverständnis: proaktiv versus reaktiv.....	123

---

4.2.2	Politikfelder und Aufgabenbereiche.....	127
4.3	Strukturpolitische Potenziale der Gewerkschaften .....	138
4.3.1	Strukturpolitik als inhärente Gewerkschaftspolitik .....	139
4.3.2	Strukturpolitik als Instrument gewerkschaftlicher Mitgliedergewinnung .....	142
4.3.3	Zuständigkeiten innerhalb von Arbeitnehmervertretungen.....	147
4.4	Barrieren gewerkschaftlicher Strukturpolitik.....	152
4.4.1	Gewerkschaftsinterne Hemmnisse .....	152
4.4.1.1	Ungeklärte Zuständigkeiten .....	153
4.4.1.2	Repräsentationsdefizit in der ‚New Economy‘.....	158
4.4.1.3	Personalressourcen und Handlungsorientierungen.....	165
4.4.2	Gewerkschaftsexterne Hemmnisse .....	174
4.4.2.1	Strukturpolitik im Zeichen der Transformation von Regulationsformen .....	177
4.4.2.2	Stellenwert und Veränderung wissenschaftlicher Infrastrukturen.....	181
4.5	Zwischenfazit.....	185
<b>5</b>	<b>Strukturpolitische Verflechtungen von Gewerkschaften .....</b>	<b>189</b>
5.1	Institutionalisierte Beteiligung von Gewerkschaften .....	190
5.1.1	Partnerschaft im Rahmen der europäischen Strukturfonds .....	190
5.1.2	Teilnahme an den Ziel 2-Programmumsetzungsverfahren.....	194
5.1.3	Formalisierte Beteiligungsoptionen auf Ebene der MR .....	198
5.2	Gewerkschaftliche Partizipation auf Branchenebene.....	201
5.2.1	Allianz ‚Pro Industrie und Nachhaltigkeit‘ .....	202
5.2.2	Branchen- und Technologieinitiativen .....	208
5.3	Brancheninitiativen mit lokalem Schwerpunkt – das ‚dortmund-project‘ .....	212
	Exkurs: Zur Rolle von Beratungseinrichtungen.....	217
5.4	Regionale Initiativen und Netzwerke.....	219

---

5.4.1	„Gewerkschaften und Betriebsräte im Strukturwandel“ .....	220
5.4.2	„Kompetenznetzwerk Essen“ .....	227
5.5	Zwischenfazit .....	232
<b>6</b>	<b>Fazit und Ausblick .....</b>	<b>235</b>
6.1	Phänomene der strukturpolitischen Neuausrichtung .....	235
6.2	Perspektiven der Wahrung von Arbeitnehmerinteressen .....	246
6.3	Offene Forschungsfragen, (Hypo-)Thesengenerierung und Ausblick .....	252
	<b>Literatur .....</b>	<b>257</b>



## Tabellen und Abbildungen

Tab. 1: Untersuchungssample und Anzahl geführter Interviews.....	16
Tab. 2: Codierung des Untersuchungssamples.....	104
Tab. 3: Typologien handelnder Gewerkschafter in Fragen der Strukturpolitik.....	171
Tab. 4: Favorisierte Projektideen im Rahmen von GuBiS I.....	224
Abb. 1: Arbeitsschritte der interpretativ-reduktiven Auswertungsform.....	19
Abb. 2: Elemente von ‚Governance‘-Konzepten .....	36
Abb. 3: Schlussfolgerungen der Lissabon-Strategie.....	66
Abb. 4: Die Programmumsetzung in der Strukturförderperiode ab 2007 .....	67
Abb. 5: Prioritätensetzung des Ziel 2-Programms NRW (EFRE).....	82
Abb. 6: Finanzvolumina der europäischen Strukturfonds .....	84
Abb. 7: Ober- und Hauptziele des Ziel 2-Programms NRW (EFRE) .....	86
Abb. 8: Schwerpunkte und Handlungsfelder d. Ziel 2-Programms NRW (EFRE)....	87
Abb. 9: Anzahl der Beschäftigten in der Dortmunder Stahlindustrie.....	114
Abb. 10: Wahrnehmung des Strukturwandels aus Gewerkschaftssicht .....	122
Abb. 11: Politikfelder und Aufgabenbereiche proaktiver gewerkschaftlicher Strukturpolitik.....	138
Abb. 12: Kooperationsbeziehungen arbeitsorientierter Strukturpolitik.....	151
Abb. 13: Stufenmodell empirisch begründeter Typenbildung .....	169
Abb. 14: Chemierelevante Wertschöpfungsketten in der MR.....	211
Abb. 15: Netzwerkpartner und Akteursbeziehungen im KomNet.....	229

## Abkürzungen

Abs.	Absatz
AdR	Ausschuss der Regionen
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Anm. d. V.	Anmerkung des Verfassers
Art.	Artikel
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
d. h.	das heißt
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen
ESF	Europäischer Sozialfonds
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EWG	Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
FDP	Freie Demokratische Partei
FIAB	Forschungsinstitut Arbeit, Bildung und Partizipation
FIAF	Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
G.I.B.	Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH
GuBiS	Gewerkschaften und Betriebsräte im Strukturwandel
HBS	Hans-Böckler-Stiftung
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
IAT	Institut für Arbeit und Technik
IBA	Internationale Bauausstellung Emscher Park

---

IG BAU	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
IT	Informationstechnologie
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KomNet	Kompetenznetzwerk Essen
KoWA	Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt
KVR	Kommunalverband Ruhrgebiet
MAGS	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
MbO	Management-Buy-Out
MR	Metropole Ruhr
MSWV	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
MWME	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
MWMEV	Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSRP	Nationaler Strategischer Rahmenplan
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PPP	Public Private Partnership
RAG/DSK	RAG Deutsche Steinkohle AG
REK	Regionales Entwicklungskonzept
REKON	Regionalwirtschaftliche Kooperation und arbeitsorientierte Strukturpolitik
ROG	Raumordnungsgesetz
RUB	Ruhr-Universität Bochum
RVR	Regionalverband Ruhr
RWP	Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm
sfs	Landesinstitut Sozialforschungsstelle
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TBS	Technologieberatungsstelle beim DGB NRW e.V.
VAA	Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellte
ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

---

WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
z. B.	zum Beispiel
ZIM	Zukunftsinitiative Montanregionen
ZiMit	Zukunftsinitiative Möbelindustrie NRW
ZIN	Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfal